

die - Kollegin

für ver.di Kolleginnen
eine Information vom Bezirksfrauenrat ver.di Mittelhessen



Liebe ver.di-Kolleginnen,
mit diesem Info-Blatt greifen wir interessante Themen im (Arbeits-)Alltag von Frauen auf und freuen uns über Anregungen und Rückmeldungen von Euch.
Euer Bezirksfrauenrat ver.di Mittelhessen

Sonderausgabe 1 zur Bundestagswahl

Liebe Kolleginnen, die Bundestagswahl am 26. September 2021 wirft ihre Schatten voraus. Wir möchten mit unseren Sonderausgaben der „ver.di – Kollegin“ informieren und Entscheidungshilfen für die Wahl geben.

Die erste Sonderausgabe beschäftigt sich mit der Steuerpolitik.



Staatsschulden und eine gerechte Steuerpolitik

Steuerpolitik hat zwei Seiten, die Einnahmenseite und die Ausgabenseite und das ist das Problem:

1. Wofür wird das Staatseinkommen verwandt?
2. Wer zahlt Steuern (oder auch nicht)?

Der deutsche Staat musste 2020/2021 400 Milliarden € neue Schulden machen. Das ist verkräftbar, die Schuldenquote ist nicht hoch und die Zinsen sind sehr niedrig. Die Ideologie der schwarzen Null und die Schuldenbremse machen unnötigen Druck die Schulden zügig zurückzuzahlen. Das Geld fehlt dann bei wichtigen Zukunftsausgaben, aber Investitionen sichern Zukunft. Das ist auch wirtschaftlich unsinnig, denn bei Anleihen über 30 Jahre werden null Prozent Zinsen fällig und bei einer Inflation von 1,5 Prozent müssen folglich für 100 € Kredit nur 64 € zurückgezahlt werden.

Corona hat gezeigt, dass ein Staat über Geld verfügen können muss. Etwa zehn Millionen Menschen leben in Kommunen mit hohen Altschulden, diese leiden oft unter unzureichender Finanzausstattung, hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Strukturwandel.

Stellen werden nicht besetzt, Dienstleistungen nicht angeboten, öffentlicher Nah- und Fernverkehr verrottet. Intensivstationen werden abgebaut. Jede von uns kann wahrscheinlich auf der Stelle zehn und mehr Projekte aufzählen, für die staatliches Handeln angezeigt wäre. Im Gegensatz dazu wird bei Subventionen nicht geknauert.

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Nicht eingekommene Steuern können nicht ausgegeben werden. Wir wollen, dass Steuern endlich gerecht erhoben werden. Arbeitnehmer*innen zahlen in der Spitze 47,5 %, Zinseinkünfte sind bei 29,9 % gedeckelt. Der Anteil der Steuereinnahmen aus unternehmerischen Einkünften liegt bei nur 16,8 %.



Wir fordern, dass Unternehmen nach Leistungsfähigkeit stärker besteuert werden. Viele zahlen in Deutschland geringe Steuern, nur in den USA und China wird noch weniger gezahlt. Und manche zahlen überhaupt keine Steuern, sondern sind formal in Steueroasen beheimatet, nutzen aber die hiesige Infrastruktur. Europa verliert durch Steuerflucht 60 Milliarden €. Und das jedes Jahr.



Große Vermögen, hohe Einkommen, Erbschaften und Unternehmensgewinne tragen immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Topverdiener, Großerben, Vermögende und finanzstarke Unternehmen müssen daher stärker besteuert werden. Zur Steuergerechtigkeit gehören der Abbau von Privilegien und Schlupflöchern und die Bindung von Subventionen und Staatsaufträgen an tarifgerechte Entlohnung.

Zinsen, Dividenden, Erträge aus Investmentfonds und Zertifikaten sowie alle privaten Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren müssen wieder der progressiven Einkommensteuer unterworfen werden.

Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (bei ausreichend hohen Freibeträgen). Das reichste 1-Prozent der Bevölkerung besitzt ein Drittel des Gesamtvermögens. Bei Freibeträgen von zwei Millionen € Nettovermögen pro Person und zusätzlich fünf Millionen für Betriebsvermögen könnten über 300 Milliarden € eingenommen werden, wenn der Abgabesatz ab 100 Millionen von 10% auf 30 % steigen würde. 99 Prozent der Bevölkerung bliebe unbelastet, und das reichste 1-Prozent nicht überlastet.

Eine neue Erbschaftsteuer könnte alle Vergünstigungen streichen, die nicht dem Gemeinwohl dienen. Die Verschonung großer Betriebsvermögen ist abzuschaffen. Hohe Freibeträge können sicherstellen, dass selbst genutztes Wohneigentum in der Regel steuerfrei weitervererbt werden kann.

Die Gewerbesteuer muss zu einer **Gemeindewirtschaftssteuer** ausgebaut werden, bei der alle unternehmerisch Tätigen (z.B. auch freie Berufe) einbezogen werden, und natürlich muss die Steuervermeidung großer internationaler Konzerne konsequent verfolgt werden. Wir brauchen eine **europäische Finanztransaktionssteuer** auf den Handel mit Wertpapieren, Währungen und Derivaten.

Und nicht zuletzt muss der **Steuervollzug** verbessert werden. Dazu braucht es mehr Personal in den Finanzverwaltungen, verstärkte Auskunftspflichten und Kontrollen sowie eine verbesserte Effizienz und Zusammenarbeit der Steuerbehörden. Steuerflucht und Steuervermeidung müssen EU-weit bekämpft werden.



Termine:

**26. September ist Wahltag!
Wahlrecht ist Wahlverpflichtung.**

Und natürlich denken wir bei der Wahl auch an die Abschaffung des Ehegatten-Splitting.

Also nachgucken, ob das alles im Wahlprogramm der Partei erwähnt ist, die Ihr wählen wollt !!!